



Aktenzeichen: Pet 1-20-06-2270-022343

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 19.12.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, die geplanten Kürzungen der Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung zurückzunehmen und stattdessen über die im Koalitionsvertrag festgelegte Erhöhung der Mittel nachzudenken.

Zu dieser Thematik liegen dem Petitionsausschuss eine auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlichten Eingabe mit 6.636 Mitzeichnungen sowie 55 Diskussionsbeiträgen und eine weitere Eingabe mit verwandter Zielsetzung vor, die wegen des Sachzusammenhangs einer gemeinsamen parlamentarischen Behandlung zugeführt wird. Es wird um Verständnis gebeten, dass nicht auf alle der vorgetragenen Aspekte eingegangen werden kann.

Zur Begründung wird im Wesentlichen ausgeführt, dass das Erstarken antidemokratischer Kräfte sowie die Zunahme der Angriffe auf Geflüchtete und die stetige Zunahme des Glaubens an Verschwörungstheorien einer Kürzung von Mitteln für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) entgegenstehe.

Darüber hinaus wird vorgetragen, dass eine Kürzung der Mittel für die bpb dazu führen würde, dass mangels Mittel weniger politisch neutrale Veranstaltungen zur politischen Bildung stattfinden sowie Quellen seriöser Berichterstattung verschwinden würden. Politische Bildung würde dadurch zu einer Frage des Einkommens werden, arme Bevölkerungsschichten würden benachteiligt werden.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die eingereichten Unterlagen verwiesen.



Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Ansicht zu der Eingabe darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Der Ausschuss weist darauf hin, dass die von der Eingabe angesprochenen Kürzungspläne zurückgenommen wurden. Von einer erheblichen Kürzung der Haushaltsmittel kann somit nicht mehr gesprochen werden.

In dem für 2024 beschlossenen Bundeshaushalt stehen für die bpb Mittel in Höhe von 95.513 TEuro bereit, während 2023 96.177 TEuro zur Verfügung standen. Die Mittelbereitstellung bleibt damit stabil für die politische Bildungsarbeit in Höhe von 34.380 TEuro (Titel 532 02) sowie für die Förderung der Träger der politischen Bildung von 17.460 TEuro (Titel 684 02). Für das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ stehen 12.475 TEuro (Titel 686 01) bereit. Die bpb führt auf dieser Grundlage ihre Kernaufgaben, wie Projekte der Wähleraktivierung u. a. durch Wahl-O-Mat für EU-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Vorhaben zur Stärkung der Demokratie, zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien und Desinformation fort. Auch die Förderung der Träger der politischen Bildung (Richtlinienförderung) bleibt uneingeschränkt sichergestellt. Im gleichen Umfang wie bisher sind auch das Programm "Demokratie im Netz" und das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ zur Stärkung der Demokratie und der Widerstandsfähigkeit gegen Extremismus insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen abgesichert.

Dem Petitionsausschuss und der Bundesregierung ist bewusst, dass gerade in Zeiten aufeinanderfolgender Krisen und tiefgreifender Veränderungen politische Bildung die wichtige Aufgabe ereilt, Bürgerinnen und Bürger zu motivieren und zu befähigen, sich kritisch mit gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Die Aktivitäten und Programme der bpb sind daher auch im Jahr 2024 finanziell abgesichert.

Vor dem Hintergrund der zurückgenommenen Kürzungen der Haushaltsmittel für die bpb vermag der Petitionsausschuss keinen weiteren parlamentarischen Handlungsbedarf



zu erkennen. Er empfiehlt daher im Ergebnis, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.